

Insgesamt gesehen, nehmen Privatschulen im Pflichtschulbereich, also auf der Grundschulebene und der Sekundarstufe I, immer noch einen sehr geringen Anteil ein. Im Schuljahr 1996/97 sollen es landesweit 0,4 Prozent gewesen sein (GMRB, 21.2.02). Dieser Prozentsatz verdeckt die Tatsache, dass Privatschulen vor allem in den entwickelten Küstenprovinzen konzentriert sind. Im Übrigen dürfte er sich seitdem weiter erhöht haben. Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist den staatlichen Bestimmungen immer voraus. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass es bislang noch kein Gesetz gibt, das die Privatschulen oder, wie es im Chinesischen heißt, „die Schulen, die von gesellschaftlichen Kräften betrieben werden“, regelt. Derzeit sind die am 31. Juli 1997 erlassenen „Bestimmungen für nichtstaatliche Schulen“ die wichtigste rechtliche Grundlage (vgl. C.a., 1997/8, Ü 10). -st-

Außenwirtschaft

20 „USA und China haben gemeinsame wirtschaftliche Interessen“

Die Reise von US-Präsident Bush nach China vom 21. bis 22. Februar 2002 hat dort im Vorfeld eine Reihe von öffentlichen Stellungnahmen zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ausgelöst. Schwerpunkt der Äußerungen hochrangiger Politiker ist der Hinweis auf gemeinsame wirtschaftliche Interessen. In einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua hob der Vorsitzende der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission Zeng Peiyan hervor, dass beide Länder sich wirtschaftlich ergänzen würden, ein hohes Entwicklungspotenzial besitzen und gemeinsame Interessen in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verfolgten. Trotz der Fluktuationen in den Beziehungen, hätte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit stetig entwickelt.

Seit dem letzten Treffen von Präsident Jiang Zemin mit US-Präsident Bush im Oktober letzten Jahres hätten sich die Beziehungen wei-

ter gut entwickelt. Mit dem Besuch von US-Präsident Bush werde Zeng zufolge die Hoffnung auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verknüpft. Nach dem Beitritt Chinas zur WTO sei eine weitere Öffnung der Dienstleistungsbranchen wie Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Einzelhandel, Außenhandel, Tourismus, Transport, Buchprüfung und Rechtsberatung vorgesehen, die auch für US-Unternehmen attraktive Geschäftsmöglichkeiten bieten würden.

Von der US-Seite werde eine Lockerung der Kontrolle über Exporte und Investitionen im Hightech-Bereich sowie die Erfüllung der Verpflichtungen im bilateralen Abkommen zwischen den USA und China über die landwirtschaftliche Zusammenarbeit erwartet.

Zeng nannte nochmals die bisherigen Fortschritte in den bilateralen Beziehungen. So sei China inzwischen der viertwichtigste Handelspartner der USA und die USA der zweitwichtigste Handelspartner für China (im Jahre 2001 allerdings sogar der wichtigste Exportmarkt). Trotz des konjunkturellen Abschwungs in den USA seit dem 4. Quartal des Jahres 2000 habe der bilaterale Außenhandel im Jahre 2000 eine Zunahme um 21,2% und im Jahre 2001 um 8,1% erfahren. Rund 34.000 Investitionsprojekte von Unternehmen aus den USA mit einem vertraglich zugesagten Investitionswert von 68 Mrd. US\$ wurden Zeng zufolge genehmigt, davon seien bereits rd. 35 Mrd. US\$ realisiert. Allein im Jahre 2001 investierten US-Unternehmen nach Angaben von Zeng 4,86 Mrd. US\$ mit Schwerpunkt in den Bereichen Maschinenbau, Kfz, Telekommunikation, Computer, Petrochemie, Energie, Infrastruktureinrichtungen, Finanzen und Versicherungen.

Eine Reihe von US-Unternehmen, so Zeng, hätten eine wichtige Position in einzelnen Märkten aufbauen können. Mit Hilfe von Investitionen in Höhe von rd. 3 Mrd. US\$ habe Motorola einen Marktanteil von ca. 30% im Mobil-Telekommunikationsmarkt erreichen können, während Kodak sogar Marktführer geworden sei. Weiterhin seien Investitionen von General Motors von 1,8 Mrd. US\$ in zwei Joint-Venture-Unternehmen in

Shanghai und Shenyang geflossen, und auch Microsoft habe ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in China aufgebaut.

Zeng betonte, dass die zukünftige wirtschaftliche Kooperation ein großes Potenzial besitze, doch müsse der Einfluss nichtökonomischer Faktoren zurückgedrängt und auftretende Probleme durch beidseitige Konsultationen auf einer gleichberechtigten Basis gelöst werden. (XNA, 14.2.02)

Die WTO bietet nunmehr den neuen Rahmen für Handelsstreitigkeiten oder sonstige wirtschaftliche Konflikte zwischen beiden Ländern. Von Seiten der USA wird stets auf das hohe Defizit im Handel mit China hingewiesen. Die USA haben dieses Defizit als Argument für eine schnelle Marktöffnung eingesetzt, auch im Agrarhandel. Derzeit drängt die amerikanische Seite darauf, dass genetisch veränderte Sojabohnen in den chinesischen Markt eingeführt werden können, der bisher dafür verschlossen ist. (FT, 21.2.02)

Zu den großen US-Unternehmen in China zählen auch Wal Mart und IBM. Die Einzelhandelskette Wal Mart hat im letzten Jahr Produkte im Wert von rd. 10 Mrd. US\$ in China eingekauft. Um den Einkauf in China weiter auszubauen, will Wal Mart in Shenzhen an der Grenze zu Hongkong ein Ankaufszentrum aufbauen. (FT, 21.2.02)

Das US-Unternehmen Dell Computer Corp. ist zwar in China im letzten Jahr der größte ausländische Verkäufer von PCs gewesen, doch auch IBM ist seit sieben Jahren in diesem Markt aktiv und will weiter expandieren. Für IBM arbeiten inzwischen in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Produktion, Verkauf, Dienstleistungen und Leasing in Tochter- und Joint-Venture-Unternehmen 11.500 Beschäftigte, 8.500 davon in der Produktion und 3.000 in den übrigen Bereichen. (AWSJ, 4.2.02) -schü-

21 Keine Abwertung des Wechselkurses vorgesehen

In einer Rede vor der Handelskammer in Hongkong betonte Zentralbankpräsident Dai Xianglong, dass der derzeitige Wechselkurs der chinesischen

Währung nicht verändert werden müsse. Der Wechselkurs entspreche dem Wert der Währung und werde von Nachfrage und Angebot auf dem Devisenmarkt Chinas beeinflusst.

Seit 1994 habe Dai zufolge der Wechselkurs einen Wertzuwachs von 5% erfahren. Unter Berücksichtigung der Inflation sei der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar um 4,4% und um 30% gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartnerländer gestiegen.

Dai betonte, dass die langfristige Stabilität des Wechselkurses eine wichtige Rolle in der Reform- und Öffnungspolitik Chinas gespielt habe. Der derzeitige Wechselkurs sei angemessen. So betrage die Wachstumsrate Chinas rd. 7%, die ausländischen Kapitalzuflüsse stiegen, und nach wie vor erwirtschaftete China Außenhandelsüberschüsse. Gleichzeitig sei vorgesehen, die Wechselkursbildung durch angemessene Bandbreiten zu flexibilisieren.

In seiner Rede betonte Dai weiterhin, dass China in der Lage sei, den Wechselkurs gegen spekulative Angriffe zu verteidigen, da es über Devisenreserven von über 200 Mrd. US\$ verfüge. Dai wies auch darauf hin, dass der WTO-Beitritt nicht automatisch vorausgesetzt habe, die Währung voll konvertibel zu machen. Hierfür werde China noch eine größere gesamtwirtschaftliche Stärke benötigen, ein stabiles und gesundes Finanzsystem und bessere makroökonomische Steuerkapazitäten. (BBC EF, 19.2.02)

Weder das GATT noch die Nachfolgeorganisation WTO machten eine Aufnahme von einer frei konvertiblen Währung abhängig. Artikel XV, 9 des GATT legte sogar fest, dass der Einsatz von Wechselkursrestriktionen und Kontrollen erlaubt ist. Regelungen zum Währungssystem sind Sache des Internationalen Währungsfonds, in dem China seit 1980 Mitglied ist. -schü-

Binnenwirtschaft

22 Zentralbank senkt Zinsen, um neuen deflationären Trend aufzuhalten

Die Zentralbank kündigte zum 21. Februar an, die Zinssätze auf Einlagen in Landeswährung um durchschnittlich 0,25% zu senken. Ziel der Zinssenkung ist es, die negativen Auswirkungen des geringeren weltwirtschaftlichen Wachstums für die chinesische Wirtschaft zu kompensieren und eine schnelle und gesunde Entwicklung der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Zentralbank reagiert nach Angaben ihres Sprechers damit auf das Abflachen des Wirtschaftswachstums und der Verbraucherpreise in den letzten Monaten. Durch die Senkung der Zinsen sollen auch die Unternehmen Kosten einsparen können.

Zinsen auf Sichteinlagen wurden von 0,99% auf 0,72% gesenkt, auf Einlagen mit einer einjährigen Laufzeit von 2,25% auf 1,98%. Gleichzeitig wurden die Kreditzinsen reduziert, und zwar um durchschnittlich 0,5%. Für Kredite mit einer einjährigen Laufzeit müssen statt 5,85% nur noch 5,31% gezahlt werden. Die Zinssätze auf Reserven der Finanzinstitute bei der Zentralbank wurden von 2,07% auf 1,89% gesenkt. (XNA, 21.2.02)

Ende des letzten Jahres begannen die Verbraucherpreise erneut zu fallen. Im November gingen die Preise um 3,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat zurück, im Dezember um 0,3% und im Januar 2002 um 1%. Von 1998 bis 2000 sah sich die chinesische Wirtschaft in 22 aufeinander folgenden Monaten mit einer Deflation konfrontiert, die zu Preiskämpfen der Unternehmen, sinkenden Gewinnen und Zunahme von uneinbringlichen Krediten in den Banken geführt hat.

Nach Einschätzung einiger Analysten stellt die Zinssenkung kein geeignetes Mittel dar, um die deflationäre Tendenz aufzuhalten. Der Rückgang der Preise sei vor allem durch die Überproduktion von Staatsunternehmen verursacht worden, die sich nicht auf eine veränderte Marktnachfrage

eingestellt hätten. Während einige Analysten auf eine schnelle Schließung ineffizienter Staatsunternehmen drängen, sehen andere durch den schnellen Anstieg der damit verbundenen Arbeitslosigkeit neue Gefahren für die Inlandsnachfrage entstehen. So sei die private Nachfrage durch die bestehende Arbeitslosigkeit bereits niedriger als wünschenswert.

Die Senkung der Einlagezinsen hat auch zum Ziel, stärkere Anreize für private Investoren zu schaffen, ihr Kapital in Aktien anzulegen. Gleichzeitig hofft die Regierung auf einen Anstieg der Konsumausgaben. Von der Senkung der Zölle seit Beginn dieses Jahres wird ebenfalls ein Anreiz ausgehen, mehr Importwaren zu kaufen. (ASWJ, 25.2.02; FT, 21.2.02) -schü-

23 Nationale Arbeitskonferenz zum Finanzsektor

Anfang Februar d.J. hat in Beijing die nationale Arbeitskonferenz zum Finanzsektor stattgefunden, die aufgrund der vielfältigen Probleme in diesem Sektor große nationale und internationale Aufmerksamkeit erfahren hat. Die letzte vergleichbare Konferenz wurde im November 1997 unter dem Eindruck der Asienkrise abgehalten.

Die Konferenz fasste die Entwicklungen in den letzten vier Jahren auf dem Gebiet der Reform des Finanzsektors zusammen und beschloss Leitlinien für die kommenden Jahre. (FBIS-CHI-2002-0208) In der Berichterstattung zur Konferenz wird auf die positiven Ergebnisse der Reformmaßnahmen hingewiesen, die die Stabilität im Finanzsektor erhalten hätte. Zu den wesentlichen Problemen, mit denen der Finanzsektor zu kämpfen habe, zähle die

- ungenügende Aufsicht über den Finanzsektor,
- Mängel im Management der Finanzinstitute,
- unzureichender Schutz der legitimen Rechte und Interessen der Finanzinstitute,
- Knappheit an Fachpersonal und daraus resultierendes niedriges Niveau der Finanzdienstleistungen und Innovationen sowie